BetterPolice

Es ist Zeit für ein neues Verständnis von Sicherheit.
Es ist Zeit für eine bessere Polizei.

Positionspapier - Wie haben Menschen mit Migrationshintergrund die Polizei in Deutschland in den letzten fünf Jahren wahrgenommen und ihr vertraut?

Zusammenfassung

Vertrauen in die Polizei ist ein grundlegendes Element demokratischer Legitimität. Gleichzeitig weisen empirische Befunde darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland systematisch ein geringeres Vertrauen in Strafverfolgungsbehörden berichten. Dieser Beitrag bündelt die Ergebnisse einer systematischen Auswertung von 61 empirischen und expert*innenbasierten Studien (durchgeführt im Juni 2025 mithilfe von Google Scholar, Web of Science und Springer), um zu untersuchen, wie der Migrationshintergrund die Wahrnehmung der deutschen Polizei und das Vertrauen in sie prägt.

Vertrauen wird dabei als relationales und dynamisches Konstrukt verstanden, das durch kognitive, affektive und verhaltensbezogene Einstellungskomponenten vermittelt wird. Die Übersichtsarbeit integriert quantitative Befragungen, Dunkelfeldstudien, ethnografische Untersuchungen sowie narrative Interviews. Zentrale Ergebnisse zeigen, dass Migrant*innen und rassifizierte Personen überproportional häufig respektlose Behandlung, Racial Profiling und den Einsatz von Zwang erleben und dass diese Erfahrungen anhaltendes Misstrauen fördern.

Junge Menschen – insbesondere männliche Jugendliche mit MENA- oder afrikanischem Hintergrund – sind überdurchschnittlich häufig von Polizeikontrollen und Diskriminierung betroffen, mit langfristigen Auswirkungen auf politische Teilhabe und räumliche Mobilität. Die Analyse verdeutlicht, wie informelle „Second Codes“, mikropolitische Entscheidungsprozesse bei Kontrollen und mangelhafte Dokumentationspraktiken strukturelle Muster ungleicher Polizeiarbeit erzeugen – selbst dort, wo keine offene Feindseligkeit vorliegt.
Um diesen Kreislauf des Misstrauens zu durchbrechen, empfiehlt der Beitrag institutionelle Reformen: unabhängige Kontroll- und Beschwerdemechanismen, systematische Dokumentation von Polizeikontrollen (einschließlich Kontrollquittungen), den Einsatz von Bodycams, repräsentative Forschung sowie umfassende interkulturelle und antirassistische Maßnahmen, die sowohl Kultur als auch Verantwortlichkeit innerhalb der Polizei adressieren. Die Evidenz zeigt, dass ohne solche strukturellen und kulturellen Veränderungen Bemühungen zur Wiederherstellung von Legitimität begrenzt bleiben werden; mit ihnen besteht jedoch das Potenzial, gerechte Beziehungen zwischen Polizei und Bevölkerung wiederherzustellen und demokratisches Vertrauen zu stärken.

BetterPolice e.V.
Postfach 41 09 24
12119 Berlin

www.betterpolice.de
contact@betterpolice.de
GLS Bank DE82 4306 0967 1371 1830 00

Schlagwörter: Polizeivertrauen, Migrationshintergrund, Racial Profiling, institutioneller Rassismus, Jugendliche, Deutschland

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung
2 Methode
3 Ergebnisse
3.1 Wahrnehmung und Vertrauen
3.2 Jugendliche
3.3 Rassismus
3.4 Ethnografische Studien zu Polizeikontakten und Kontrollen
4 Diskussion
5 Fazit
6 Über die Autor*innen
7 Literaturverzeichnis

1 Einleitung

Vertrauen in staatliche Institutionen, insbesondere in die Polizei, bildet einen Eckpfeiler demokratischer Regierungsführung in Deutschland. Die Legitimität der Polizei hängt davon ab, dass die Bürger:innen darauf vertrauen, dass die Institution fair handelt, Rechte schützt und das Gesetz unparteiisch durchsetzt. Vertrauen ist nicht nur entscheidend für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung, sondern auch für die Sicherstellung von Kooperation: Zeugen müssen sich wohl dabei fühlen, Straftaten zu melden, und Opfer müssen bereit sein, Unterstützung durch die Polizei in Anspruch zu nehmen.

In der jüngeren Vergangenheit ist die Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund durch die Polizei zu einem Thema von öffentlichem Interesse geworden. Prominente Debatten wurden durch Fälle ausgelöst, wie etwa die Entdeckung rassistischer WhatsApp-Chats bei der Polizei und die noch ungeklärten Umstände rund um den Tod von Oury Jalloh in Polizeigewahrsam (Krieg et al., 2023). Darüber hinaus haben zahlreiche Enthüllungen in den letzten Jahren – von extremistischen Polizeichatgruppen über die sogenannten NSU-2.0-Drohungen, das „Hannibal"-Netzwerk und dessen Ableger „Nordkreuz" bis hin zur Vereinigung „Uniter" und dem Fall des Bundeswehrsoldaten Franco A. – Alarm über Rechtsextremismus innerhalb der Sicherheitsbehörden ausgelöst. Besonders beunruhigend ist der Nachweis von „realen und digitalen Vernetzungen", die sich in organisierten rechtsextremistischen Strukturen mit Verbindungen zur Bundeswehr und anderen Sicherheitsinstitutionen manifestieren (Wegner & Ellrich, 2022).
Solche Entwicklungen bedrohen nicht nur das öffentliche Vertrauen in die Polizei, sondern werfen auch drängende Fragen über die Verbreitung extremistischer und rassistischer Einstellungen unter Beamt:innen auf. Diese Einstellungen widersprechen grundsätzlich dem Polizeiauftrag, die demokratische Verfassungsordnung und die darin verankerten Menschenrechte zu schützen, einschließlich der Gleichbehandlung aller Bürger:innen.

Im Kontext von Globalisierung und zunehmender Mobilität ist Migration ein prägender Faktor für die Gestaltung moderner Gesellschaften geworden. Deutschland hat tiefgreifende demografische Veränderungen erfahren: In den letzten 30 Jahren sind 31,4 Millionen Menschen in das Land eingewandert (El-Khechen et al., 2024). Die Migration überstieg dabei stets die Abwanderung, mit etwa 300.000 mehr Personen, die jährlich nach Deutschland zogen (Destatis, 2020). Als Folge entwickelte sich Deutschland zu einer multiethnischen Gesellschaft. Bis 2020 hatte jeder vierte Einwohner einen Migrationshintergrund, d. h., er selbst oder mindestens ein Elternteil erwarb die deutsche Staatsbürgerschaft nicht durch Geburt (El-Khechen et al., 2024). Unter Kindern ist der Anteil noch höher: 39 % haben einen Migrationshintergrund, und jeder Fünfte hat Migration persönlich erlebt (El-Khechen et al., 2024).
Diese Zahlen verdeutlichen die zentrale Rolle, die Migration für die soziale Entwicklung Deutschlands spielt, und unterstreichen die Bedeutung, zu verstehen, wie Institutionen mit einer zunehmend diversen Bevölkerung interagieren.

Dieses Papier untersucht die Beziehung zwischen Migrationshintergrund und Vertrauen in die deutsche Polizei. Zunächst wird die Diskussion in breitere Debatten über institutionelles Vertrauen und Legitimität eingeordnet, bevor empirische Erkenntnisse zu Polizei–Minderheiten-Beziehungen in Deutschland vorgestellt werden.

Vertrauen ist ein relationales und dynamisches Konzept: Es bezeichnet die Erwartung, dass eine andere Person oder Institution kompetent, fair und schützend handelt, trotz Unsicherheit und des Risikos negativer Konsequenzen. Vertrauen beinhaltet Verletzlichkeit, hängt von der wahrgenommenen Vertrauenswürdigkeit der anderen Partei ab und kann von individuellen Eigenschaften, zwischenmenschlichen Interaktionen, institutionellen Praktiken und situativen Kontexten beeinflusst werden (Nieder, 1997).

Im Kontext der Polizeiarbeit spiegelt Vertrauen sowohl vergangene Erfahrungen mit der Strafverfolgung als auch breitere systemische Faktoren wider, wie Transparenz, Fairness und Gesetzestreue. Dieses Verständnis von Vertrauen ist essenziell, um die Wahrnehmung der Polizei durch Menschen mit Migrationshintergrund zu interpretieren. Eine Person gilt als migriert, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsbürgerschaft geboren wurde. Diese Definition umfasst sowohl Einwanderer:innen als auch Nicht-Einwanderer-Ausländer:innen, eingebürgerte Staatsangehörige, Spätaussiedler:innen und deren Nachkommen. Durch eine systematische Überprüfung vorhandener Forschung hebt dieses Papier strukturelle Herausforderungen und Muster wahrgenommener Diskriminierung hervor, die das Vertrauen in die Polizei prägen. Ziel ist es, Mechanismen zu identifizieren, die das Vertrauen in die Strafverfolgung untergraben oder fördern, und eine Grundlage für politische Diskussionen in einer vielfältigen Gesellschaft zu bieten.

2 Methode

Eine systematische Überprüfung von 61 Arbeiten wurde im Juni 2025 unter Verwendung der Datenbanken Google Scholar, Web of Science und Springer durchgeführt, gemäß den Richtlinien von Snyder (2019). Die Arbeiten wurden anhand der in Tabelle 2.1 dargestellten Suchbegriffe ausgewählt. Die Überprüfung gliederte sich in vier Phasen: Definition der Forschungsfrage und des Review-Typs, Durchführung einer strukturierten Suche und Auswahl der Studien, Analyse des Materials mithilfe geeigneter Synthesetechniken und transparente Berichterstattung der Ergebnisse.

Tabelle Methode 1: Übersicht der Suchbegriffe für die systematische Literaturrecherche

Thema	**Suchbegriff**
Wahrnehmung & Migration	Polizei UND Wahrnehmung UND (Migrant OR Migration*) bzw. Police AND Perception AND (Migrant OR Migration*)
Vertrauen & Migration	Polizei UND Vertrauen UND (Migrant OR Migration*) bzw. Police AND Trust AND (Migrant OR Migration*)

Für Phase zwei wurden sowohl Inklusions- als auch Exklusionskriterien festgelegt. In die Auswahl wurden Arbeiten aufgenommen, die die Wahrnehmung von Vertrauen von Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber der deutschen Polizei behandeln. Bevorzugt wurden peer-reviewte, wissenschaftliche Studien mit empirischer Basis sowie Fachartikel von Expert:innen aus dem Jahr 2020 oder später. Alle Arbeiten, die die

Wahrnehmung oder das Vertrauen von Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber der deutschen Polizei nicht enthalten, wurden ausgeschlossen. Außerdem wurden nur die ersten 200 frei verfügbaren Artikel für die Auswahlphase berücksichtigt.

Abbildung Methode 1: Ergebnisse der systematischen Literaturrecherche

Google Scolar	Web of Science	Springer
Total: 6160 Relevant: 38	Total: 16 Relevant: 8	Total: 2098 Relevant: 15

Total: 61

Final: 18

3 Ergebnisse

3.1 Wahrnehmung und Vertrauen

Dieses Kapitel führt das Einstellungsmodell ein, das von Fischer et al. (2013) beschrieben wurde, und erklärt seine vermittelnde Rolle zwischen Wahrnehmung und Vertrauen. Wir diskutieren die Entwicklung von Einstellungen durch gelebte Erfahrungen und soziales Lernen und versuchen, Misstrauen gegenüber der Polizei aus wissenschaftlicher Perspektive zu erklären. Ziel ist es, das Gespräch zurück zu den allgemeinen menschlichen Denkprozessen zu führen, um Bewusstsein zu schaffen und eine gemeinsame Grundlage für Diskussionen über mögliche Empfehlungen für polizeiliches Handeln zu bilden.

Eine Einstellung kann als ein zeitlich variabler innerer Zustand beschrieben werden, der sich in positiven, negativen oder neutralen Bewertungen gegenüber einem bestimmten Objekt ausdrückt. Das Objekt kann eine Person, eine Idee, ein Verhalten oder, wie in unserem Fall, die Polizei und die Polizei als staatliche Institution sein (Fischer et al., 2013, S. 80). Drei Komponenten bilden das Gesamturteil über das Objekt: eine kognitive Komponente, eine affektive Komponente und schließlich eine Verhaltenskomponente.

Die kognitive Komponente bezieht sich auf Gedanken, Überzeugungen, Glaubenssätze und Merkmale, die mit dem Objekt in Zusammenhang stehen. Gedanken, mentale Zustände, subjektive Präferenzen und Emotionen werden von der affektiven Komponente umfasst. Schließlich berücksichtigt die Verhaltenskomponente vergangenes Handeln und potenzielles zukünftiges Handeln in Bezug auf das Objekt (Haddock und Maio, 2014, S. 200). Einstellungen bestehen üblicherweise aus allen drei Komponenten; jedoch wurde gezeigt, dass manche Einstellungen hauptsächlich auf einer der Komponenten beruhen. Außerdem wurde gezeigt, dass die Komponenten konsistent oder inkonsistent sein können, was zu homogenen oder ambivalenten Einstellungen führt (Haddock und Maio, 2014).

Um die Wahrnehmungen und Einstellungen von Migranten gegenüber der Polizei zu verstehen, ist es wichtig, die vermittelnde Rolle von gelebten Erfahrungen und sozialem Lernen hervorzuheben, das heißt bewusste Reflexion, klassische und operante Konditionierung sowie Introspektion und Analyse des eigenen Verhaltens

(Fischer et al., 2013, S. 87). Anhand verschiedener Beispiele möchten wir das Bewusstsein für die Auswirkungen schärfen, die diese übliche Art der Einstellungsentwicklung haben kann.

Laut einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen des Essener Zentrums für Türkeistudien gaben 30 % der Befragten mit türkischem Hintergrund, die zwischen 2000 und 2005 als Opfer oder Zeugen von Straftaten mit der Polizei in Kontakt kamen, an, dass sie sich von der Polizei im Verfahren diskriminiert fühlten (Heuer, 2009, S. 67). Nohl (2003) fand heraus, dass migrantische Jugendliche sich als Opfer von Straftaten nicht ernst genommen fühlten, da die Polizei ihnen die Möglichkeit verweigerte, Strafanzeigen gegen ihre Täter zu erstatten. Auf Grundlage dieser beiden Ergebnisse in der Literatur lassen sich bereits die nachteiligen Auswirkungen vorstellen, die diese gelebten Erfahrungen potenziell auf Einstellungen gegenüber der Polizei haben können.
Schweer und Strasser (2003) zeigten, dass Polizeibeamte, die in sozialen Brennpunkten arbeiten, informelle Routinen („zweiter Code") entwickeln, die von den rechtlichen Grundlagen polizeilicher Arbeit in Deutschland abweichen. Auch die Polizei ist von Lernen durch individuelle Erfahrungen betroffen, wobei ihre Handlungen von den Einstellungen beeinflusst werden, die sie im Laufe der Zeit gebildet haben.

Bei der Bewertung des Vertrauens in die Polizei als staatliche Institution ist es wichtig, auch politisch motivierte Straftaten und im Falle von Migranten insbesondere rechtsextreme Gewalt zu diskutieren. Untersuchungen zeigen, dass Polizeibeamte die Rollen von Opfern und Tätern bei Migranten, die Opfer rechtsextremer Gewalt wurden, umkehrten, sie nicht ernst nahmen und unsensibel behandelten (Püschel, 2022). Ähnliche Ergebnisse fanden Böttger et al. (2014) in ihrer Studie. Sie beschrieben die Viktimisierung von Opfern rechtsextremer Gewalt und die Bewältigungsmechanismen, die die Opfer anschließend entwickelten. Die Arbeit der Polizei wurde als transparent, aber nicht hilfreich beschrieben; die Opfer wurden mit Distanz, Gleichgültigkeit und fehlender Unterstützung behandelt. Quent et al. (2017) berichten, dass Migranten sich erneut durch Polizeibeamte bei der Strafanzeige als Opfer fühlten. Den Autoren zufolge wurden Migranten während des Prozesses ständig nach irrelevanten Details ihres Aufenthaltsstatus gefragt und ihnen vermittelt, dass sie für die Eskalation der Situation verantwortlich seien – ein weiteres Beispiel für Victim Blaming.

Mehrere Studien haben gezeigt, dass rassifizierte Personen das Vertrauen in Polizei und Behörden verlieren (Thompson, 2018; Louw et al., 2016; Kauff et al., 2017, S. 836). Die distanzierten, gleichgültigen und abwertenden Interaktionen der Polizei mit migrantischen Opfern untergraben deren Vertrauen in die deutsche Gesellschaft (Böttger et al., 2014, S. 121). Migrantische Jugendliche, denen die Möglichkeit zur Strafanzeige verweigert wird, denen grundlegende Rechte vorenthalten werden und die sich folglich aufgrund rassistischer Motive ausgeschlossen fühlen (Gesemann, 2003, S. 222). Gleichzeitig haben sich innerhalb der Polizei „zweite Codes" entwickelt, die Polizeibeamte dazu veranlassen, über dem Gesetz zu handeln, wenn sie es für notwendig halten (Schweer und Strasser, 2003).

Geht man zurück zu dem zu Beginn eingeführten Rahmen, führen diese konstanten Erfahrungen von Migranten zu negativen Einstellungen gegenüber der Polizei und resultieren folglich in einem Vertrauensverlust, der nur schwer wiederherzustellen ist. Je mehr diskriminierende Erfahrungen eine Person gemacht hat, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie zukünftige Interaktionen mit der Polizei als diskriminierend wahrnimmt (Abdul-Rahman et al., 2020, S. 28).

Es ist wichtig zu beachten, dass die bisher angesprochenen Probleme auf gesellschaftsweite Tendenzen hinweisen. Wie Strobel (1998) feststellte, werden Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere wenn sie in sozioökonomisch prekären Situationen leben, als Fremde oder zumindest als „Andere“ im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung betrachtet. Die Entfremdung, die in diesem Kapitel diskutiert wurde, verursacht Probleme in der Interaktion von Migranten mit der Polizei und umgekehrt. Ein Teil der Polizeibeamten neigt dazu, Menschen in eine „anständige“ Gruppe, die ihnen selbst ähnlich ist, und eine Gruppe mit „fremdem“ Erscheinungsbild, die nicht zur Gruppe gehört, zu unterteilen (Strobl, 1998, S. 307).

Bei normalen Polizeieinsätzen in sozialen Brennpunkten, die durch gewalttätige Auseinandersetzungen gekennzeichnet sind, verschärfen abgesehen vom Gruppendenken die vorherrschenden Realitäten von Polizeibeamten und Bewohnern das Phänomen der Gruppentrennung zusätzlich (Sauerbaum, 2005, S. 6). Das Thema der Gruppentrennung wird im letzten Kapitel wieder aufgegriffen, das auf den in dieser Arbeit präsentierten Erkenntnissen basierende Empfehlungen enthält.

Dieses Kapitel hat gezeigt, wie Einstellungen, die durch gelebte Erfahrungen und soziales Lernen geformt werden, eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Wahrnehmungen und Vertrauen in die Polizei spielen. Begegnungen von Migranten mit diskriminierenden Praktiken, Victim Blaming und Gleichgültigkeit fördern negative Einstellungen, die einen Kreislauf von Misstrauen und Entfremdung verstärken. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass sowohl individuelle Erfahrungen als auch breitere gesellschaftliche Spaltungen zum Vertrauensverlust in die Polizei als staatliche Institution beitragen. Das Erkennen dieser Mechanismen ist entscheidend, um aktuelle Herausforderungen zu verstehen und Empfehlungen zur Wiederherstellung von Vertrauen sowie zur Förderung fairerer Polizei-Community-Beziehungen zu formulieren.

Diese Dynamik von Vertrauen und Misstrauen beschränkt sich nicht nur auf erwachsene Migranten. Sie ist auch für Jugendliche hoch relevant, die eine entscheidende Gruppe bei der Gestaltung zukünftiger Muster von Polizei-Community-Beziehungen darstellen. Da junge Menschen die Polizei oft in prägendem Alter erleben, können ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen besonders langfristige Auswirkungen auf ihr Vertrauen in staatliche Institutionen haben.

3.2 Junge Erwachsene

Jugendliche stellen einen erheblichen Teil der Bevölkerung dar, die mit der Polizei in Kontakt kommt und von ihr festgenommen wird. Sie unterliegen mehr Regeln und haben aufgrund ihres jungen Alters eine größere Tendenz, Normen zu verletzen. Typischerweise erreicht die Kriminalität im späten Jugendalter oder frühen Erwachsenenalter ihren Höhepunkt und nimmt danach mit zunehmendem Alter ab (Bundeskriminalamt, 2024). Jugendliche haben häufiger die Gelegenheit zu negativen Begegnungen mit der Polizei, die oft die ersten Akteure des Strafrechtssystems sind, mit denen Teenager in Kontakt kommen. Diese Erfahrungen können langfristige Spuren hinterlassen, die bis ins Erwachsenenalter wirken und ihre Integration beeinflussen können. Dieses Kapitel untersucht die Frage, wie Jugendliche die Polizei wahrnehmen und ihr Vertrauen entgegenbringen.

Eine Umfrage unter 12.000 Neuntklässlern in Sachsen im Jahr 2019 zeigte, dass Jugendliche insgesamt ein

hohes Vertrauen in die Polizei haben. Allerdings weisen Jugendliche mit Migrationshintergrund geringere Vertrauenswerte auf als junge Menschen ohne Migrationshintergrund (Krieg et al., 2023). Schweer et al. (2008) zeigten, dass negative persönliche Erfahrungen, die durch Diskriminierung geprägt sind, die Wahrnehmung der Polizei erheblich verändern können. Die prominenteste Erklärung für Polizeidiskriminierung gegenüber ethnischen Minderheiten ist die statistische Diskriminierung seitens der Polizei. Aufgrund fehlender weiterführender Informationen über Einzelpersonen werden bestimmten Gruppen Stereotype und Merkmale zugeschrieben.

Studien haben gezeigt, dass dunkelhäutige junge Männer von der Polizei stereotyp als gewalttätig, kriminell und gefährlich wahrgenommen werden (Correll et al., 2014). Jugendliche ethnischer Minderheiten unterliegen häufiger Polizeikontrollen, was das Vertrauen in die Polizei beeinträchtigen kann. Das LKA Niedersachsen (2015) und Oberwittler (2014) stellten fest, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund zwar hohe Vertrauenswerte gegenüber der Polizei äußern, jedoch häufiger respektlose Behandlung erfahren als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Folglich gaben ein Drittel dieser Jugendlichen an, im Ernstfall weniger bereit zu sein, die Polizei zu kontaktieren. Casrensen (2013) befragte 340 Jugendliche im Alter von 15–24 Jahren und fand heraus, dass die Einstellung zur Polizei stark durch die Freundlichkeit einzelner Beamter geprägt ist. Negative Begegnungen und virale Videos von Fehlverhalten der Polizei tragen erheblich zum Misstrauen bei.

Kogan (2024) zeigte, dass der Zusammenhang von Polizeivertrauen und Erfahrungen mit Diskriminierung geschlechtsspezifische Muster erzeugt. Junge männliche Teenager aus MENA+ und afrikanischen Herkunftsländern berichten häufiger von Diskriminierung, selbst wenn illegales Verhalten berücksichtigt wird. Dieser Effekt ist bei weiblichen Teenagern nicht zu beobachten, deren Vertrauen sich nicht von dem der einheimischen Mädchen unterscheidet. Junge Männer aus MENA+ oder Afrika haben ein niedrigeres Vertrauen in die Polizei. Dieser Effekt verliert seine statistische Signifikanz nicht, wenn Erfahrungen mit Diskriminierung berücksichtigt werden, was darauf hindeutet, dass Polizeidiskriminierung ein wichtiger Faktor für Misstrauen ist. Im Vergleich zu männlichen Teenagern zeigen weibliche Teenager aus MENA+ und Afrika ein geringeres Vertrauen, wobei die Unterschiede nicht so ausgeprägt sind wie bei männlichen Teenagern. Der Effekt bleibt signifikant, selbst wenn Erfahrungen mit Polizeidiskriminierung berücksichtigt werden. Weitere erklärende Faktoren könnten familiäre Sozialisation oder indirekte und kollektive Erfahrungen mit Polizeidiskriminierung sein.

Qualitative Studien, einschließlich narrativer Interviews mit Jugendlichen, analysierten, wie die betroffenen Jugendlichen auf übermäßige Polizeikontrollen reagieren und welche Schlüsse sie aus dem Kontakt mit der Polizei ziehen. Dies liefert weitere Einblicke in das Zusammenspiel zwischen Polizeikontakt und der daraus resultierenden Wahrnehmung der Polizei. Die betroffenen Jugendlichen sind keine passiven Empfänger, sondern aufmerksame und reflektierte Beobachter, die unterschiedliche Strategien anwenden, um mit Polizeikontakten umzugehen. In ihrer Studie untersuchten Saarikkomäki et al. (2023) speziell nordische Länder und zeigten, dass die Erfahrungen junger Migranten mit Polizeikontakt und ihre Reaktionen in drei Kategorien eingeteilt werden können: praktisch, emotional und analytisch. Die Befragten akzeptierten nicht einfach polizeiliche Maßnahmen, die sie als unfair empfanden, sondern widersetzten sich, indem sie wegliefen oder

widersprachen. Polizeikontrollen waren häufig mit Gefühlen der Hilflosigkeit, Verlegenheit und Scham verbunden, da sie das stereotype Bild von „Migranten, die mehr Straftaten begehen“ verstärkten, insbesondere wenn der Polizeikontakt vor anderen Passanten stattfand. Jugendliche berichteten außerdem von Ressentiments und Wut darüber, dass sie aufgrund ihres Aussehens oder Minderheitenstatus einer Straftat beschuldigt wurden (Saarikkomäki et al., 2023). Viele suchten nach alternativen Zugehörigkeitsgefühlen, da sie sich von der Gesellschaft abgelehnt fühlten, und begannen, die Vorgehensweise der Behörden und das Vertrauen, das sie in Polizeibeamte setzen sollten, kritisch zu hinterfragen, die sie so oft unfair behandelten (Fox et al., 2022).

Darüber hinaus versuchen Jugendliche, Polizeikontakte zu analysieren und zu erklären, um zukünftige Begegnungen zu vermeiden, indem sie Muster in Bezug auf Ort und Kleidung erkennen. Sie verbinden übermäßige Polizeikontrollen auch mit dem breiteren Thema Rassismus in der Gesellschaft (Saarikkomäki et al., 2023). Narrative Interviews mit jungen Migranten aus sieben europäischen Ländern, einschließlich Deutschland, zeigten, dass viele gezwungen waren, Verhandlungen mit Autoritätspersonen, einschließlich Polizeibeamten, aufzunehmen, die von einem erheblichen Machtungleichgewicht geprägt waren. Junge Männer mussten oft die Legitimität ihrer alltäglichen Aktivitäten verteidigen, da sie als potenziell verdächtig angesehen wurden. Dies führte zu verschiedenen Strategien und Anpassungsverhalten, um die Aufmerksamkeit der Behörden zu minimieren, wie z. B. die Aufenthaltsdauer in öffentlichen Räumen zu begrenzen, soziale Kontakte zu reduzieren, bestimmte Orte und Personen zu meiden und ihr äußeres Erscheinungsbild zu verändern. Diese Anpassungsstrategien können nachteilige Auswirkungen auf ihr Leben haben (Fox et al., 2022).

Jugendliche mit Migrationshintergrund könnten stärker von externen Umständen und anderen Faktoren betroffen sein, die geringeres Vertrauen begünstigen, z. B. häufiger Polizeikontakt, Erfahrungen mit Diskriminierung, Kontakt zu delinquenten Gleichaltrigen, sozioökonomischer Status oder das Aufwachsen in einem bestimmten Umfeld. Jugendliche mit Migrationshintergrund geben häufiger an, delinquenten Freunden nahestehend zu sein, in von Verwahrlosung geprägten Vierteln zu leben und aufgrund von Beteiligung an illegalen Aktivitäten mit der Polizei in Kontakt gekommen zu sein. Studien zeigen, dass Jugendliche mit niedrigerem Bildungsniveau, mehr delinquenten Freunden und vorherigem Polizeikontakt aufgrund illegaler Aktivitäten ein geringeres Vertrauen in die Polizei haben (Krieg et al., 2023). Die Tatsache, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker von diesen Faktoren betroffen sind, kann die Verbindung zwischen Migrationshintergrund und Vertrauen in die Polizei nicht vollständig erklären. Krieg et al. (2023) stellten fest, dass der Migrationshintergrund im Vergleich zu diesen Faktoren eine untergeordnete Rolle spielt.

3.3 Rassismus

Ein erheblicher Teil der Literatur konzentriert sich auf die Beziehung zwischen Rassismus und der Wahrnehmung der Polizei bei Personen mit Migrationshintergrund. Die systematische Übersichtsarbeit „Rassismus in der Polizei“ (Hunold, D., Singelnstein, T., 2022) umfasst vier zentrale Forschungsbereiche, die das Thema behandeln: rassistische Diskriminierung beim Einsatz von Gewalt durch die Polizei; Polizeikontakte mit Opfern mit Migrationshintergrund; die Wahrnehmung von Racial Profiling bei Personen mit Migrationshintergrund; und die Auswirkungen rassistischer Polizeihandlungen auf Legitimation und Vertrauen.

Der folgende Abschnitt stellt die relevanten Ergebnisse dieser Forschungsbereiche dar, um den aktuellen Status quo der Beziehung zwischen Rassismus und der Wahrnehmung der Polizei durch Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu veranschaulichen.

Das Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamtinnen"* (KviAPol) untersuchte den Einsatz von Gewalt durch Polizeibeamte in deutschsprachigen Ländern. Es wurde eine umfassende Befragung von 3.373 betroffenen Personen durchgeführt, und 63 Expert*innen aus Strafverfolgung, Justiz und Zivilgesellschaft wurden interviewt. Die befragte Gruppe gilt jedoch nicht als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung.

Die Ergebnisse des Projekts zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund und People of Color Erfahrungen machen, die sich von denen von Personen ohne rassifizierten Hintergrund unterscheiden (Espín Grau, H., Klaus, L., 2022, S. 361). Dies betrifft sowohl Personen ohne Migrationshintergrund als auch „weiße" Personen mit Migrationshintergrund. Die Unterschiede in den Erfahrungen betreffen eine Reihe von Faktoren, einschließlich der Orte, an denen die Personen mit Gewalt konfrontiert wurden, sowie die psychologischen und wahrnehmungsbezogenen Auswirkungen des Geschehens. Während Strafverfolgungsbeamte in Fällen mit Personen ohne Migrationshintergrund an anderen Orten, ausgenommen Demonstrationen und Sportveranstaltungen, nur in 17,7 % der Fälle körperliche Gewalt einsetzten, stieg dieser Wert in Fällen mit Personen mit Migrationshintergrund bzw. People of Color auf 29,3 % bzw. 45,1 % (Espín Grau, H., Klaus, L., 2022, S. 366).
Wie die Studie zeigt, spiegelt sich die beobachtete Unterschiedlichkeit auch in den Wahrnehmungsunterschieden wider. Die Ergebnisse zeigen, dass nach dem Einsatz von Gewalt durch die Polizei 42 % der Personen mit Migrationshintergrund und 65 % der People of Color Gefühle von Diskriminierung berichteten (Espín Grau, H., Klaus, L., 2022, S. 25).

Die Wahrnehmung von Diskriminierung durch die Polizei beschränkt sich nicht auf den Gewalteinsatz. Diskriminierung kann auch aus der Interaktion zwischen Opfern und Polizei wahrgenommen werden. Laut einer Umfrage des Center for Turkish Studies Essen im Jahr 2006 fühlte sich etwa ein Drittel der türkischstämmigen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, die zwischen 2000 und 2005 entweder Zeugen oder Opfer waren, durch den Polizeikontakt diskriminiert (Püschel, H., 2022, S. 409).

Darüber hinaus argumentiert Püschel anhand einer Literaturübersicht, dass die strukturelle Annahme von Opfern mit Migrationshintergrund als „Ausländer" zu unsensiblem Kontakt und Diskriminierung seitens der Polizei gegenüber den Opfern führt, was zur „Wahrnehmung der Verweigerung von Schutz und rechtlicher Anerkennung" führt. Dies wird durch Strobls Analyse von Fällen gestützt, bei denen Polizeibeamte den Aufenthaltsstatus der Opfer überprüften, bevor sie diese als solche betrachteten, was die Auswirkungen der Kategorisierung des Gegenübers durch die Polizei als Teil der eigenen Gruppe widerspiegelt (Püschel, H., 2022, S. 419).

Darüber hinaus zeigt Thompson anhand einer Analyse „marginalisierter" Wissensarchive, z. B. Erfahrungsberichte betroffener Personen und Anti-Rassismus-Initiativen, dass diskriminierende Handlungen

der Polizei traumatisierende und stigmatisierende Effekte für die Betroffenen haben können. Racial Profiling bezieht sich auf Polizeikontrollen oder Sanktionen basierend auf „Hautfarbe, Ansichten, vermeintlicher nationaler Herkunft und Religion“ (Thompson, V.E., 2022, S. 432). Die Betroffenen erleben posttraumatische Symptome wie Angst, Scham und Isolation und wirken dadurch als „Stoppsignal“, das die Bewegungsfreiheit und Teilhabe der Betroffenen einschränkt (Thompson, V.E., 2022, S. 433).

Unabhängig von den Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund durch Gewalt, direkte Interaktionen mit der Polizei oder Racial Profiling kann Polizeirassismus zu geringerer Legitimität und geringerem Vertrauen in die Polizei führen (Abdul-Rahman, L., 2022, S. 9). Laut dem European Social Survey existiert eine negativere Wahrnehmung der Polizei bei Migranten, die länger als 15 Jahre eingewandert sind, sowie bei der zweiten Generation im Vergleich zu Einheimischen (Abdul-Rahman, L., 2022, S. 473).
Allerdings zeigten weiße junge Männer mit Migrationshintergrund ähnliche Vertrauens- und Legitimationswerte wie Einheimische in der internationalen Self-Report Delinquency Study (ISRD 3), was verdeutlicht, dass Vertrauen und Wahrnehmung gegenüber der Polizei nicht zwangsläufig auf einem Migrationshintergrund beruhen, sondern von der Sichtbarkeit des Hintergrunds abhängen (Abdul-Rahman, L., 2022, S. 474).

3.4 Ethnographische Studien zu Polizeikontakten und -kontrollen

Ein Großteil des öffentlichen Diskurses und der Veröffentlichungen in Deutschland konzentriert sich zunehmend auf die Interaktion der Polizei mit Migranten (El-Khechen et al., 2024). In einer qualitativen Studie in Sachsen-Anhalt fanden die Forschenden eindeutige Hinweise auf fehlende Sensibilität der Landespolizei im Umgang mit migrantischen Opfer-Zeugen und schlossen daraus, dass die Mechanismen hinter diesen unzufriedenstellenden Interaktionen auf systemische Praktiken hindeuten könnten, die sich über Landesgrenzen hinweg erstrecken (Asmus & Enke, 2016, S. 147–148).

Darüber hinaus tendieren Polizeipraktiken in Deutschland dazu, täterorientierte Maßnahmen über die Unterstützung von Opfern oder Zeugen zu priorisieren, unabhängig vom ethnischen Hintergrund (Asmus & Enke, 2016; Balß et al., 2001; Dreißigacker, 2018; Kube & Rohde, 2003).

Das Vertrauen in die Strafverfolgung variiert jedoch signifikant in Abhängigkeit von Erfahrungen mit voreingenommener Viktimisierung. In einer Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein stimmten nur 52,6 % der Opfer von bias-motivierten Straftaten zu, dass sie sich auf die Rechtsstaatlichkeit verlassen könnten, im Vergleich zu 68,3 % bei Opfern anderer Straftaten und 82,9 % bei Nicht-Opfern (Dreißigacker, 2018). Weiterhin hielten ein Drittel der Opfer von bias-motivierten Straftaten die Kontaktaufnahme mit der Polizei für nutzlos, im Vergleich zu 24 % der Opfer anderer Straftaten und 16,1 % der Nicht-Opfer (Dreißigacker, 2018) – dies deckt sich mit Ergebnissen anderer Studien (Böttger et al., 2014; Geschke & Quent, 2016).

Polizeiliche Überwachung und Kontrolle in bestimmten Gemeinschaften, insbesondere bei Drogenkriminalität, kann zudem nicht gemeldete Straftaten in erfasste Straftaten umwandeln. Während Nicht-Deutsche 27,1 % der Tatverdächtigen bei drogenbezogenen Straftaten stellen, machen sie die Hälfte der Anklagen aus (Acker, 2020), was auf die Rolle von Racial Profiling hinweist. Außerhalb drogenbezogener Straftaten bestätigen

Studien von Belina (2016), dass bundespolizeiliche Praktiken häufig Identitätskontrollen basierend auf Hautfarbe umfassen (Belina, 2016), was zur Kriminalisierung ethnischer Gruppen beitragen kann (Becker, 2019).

Solche Maßnahmen werden jedoch als unbewusst durchgeführt beschrieben und von internen Polizeikulturen und normativen Rahmenbedingungen geprägt (Asmus & Enke, 2016; Hunold & Singelnstein, 2022; Seidensticker, 2021). Besonders institutioneller Rassismus beruht nicht nur auf einem kollektiv geteilten Wissenssystem, sondern auch auf individuellem Verhalten (Seidensticker, 2021).

Um diese Probleme zu überwinden, wurden mehrere Reformen vorgeschlagen:

- Unabhängige, externe Forschung mit repräsentativen Stichproben, um sowohl die Perspektiven von Migranten als auch der Polizei objektiver zu verstehen (Amnesty International, 2018).
- Unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstellen, die nachweislich zu höheren Meldungsraten und transparenteren Untersuchungen in Dänemark, Irland und Großbritannien führen (Töpfer, 2017).
- Körperkameras (Bodycams), die professionelles Verhalten fördern, Transparenz erhöhen und Spannungen deeskalieren können, was zu weniger Beschwerden führt, wenn sie von Beamten getragen werden (Ariel, 2014).
- Stop-Belege, die diskriminierende Polizeikontrollen dokumentieren und verhindern helfen würden, Transparenz erhöhen, die Rechenschaftspflicht der Polizei stärken und auf mögliche Vorurteile aufmerksam machen (European Network Against Racism, 2020).

Zusammenfassend deutet die Forschung darauf hin, dass die Polizeibehörden in Deutschland noch in einem sehr frühen Stadium des Diversity-Managements stehen. Es gibt jedoch keine substanziellen Hinweise auf interkulturelle Öffnung oder strategische interkulturelle Steuerung innerhalb von Polizeiorganisationen (El-Khechen et al., 2024).

Neben gewalt- oder bias-motivierten Straftaten stellen präventive oder verdachtsbasierte Identitätskontrollen eigene Herausforderungen hinsichtlich möglicher Diskriminierung dar. Nach deutschem Recht darf die Polizei Personen anhalten und befragen, wenn der Verdacht besteht, dass sie eine Straftat begangen haben oder sich in einem „Kriminalitätshotspot“ befinden (Aden et al., 2022). Polizeibehörden verfügen jedoch nicht über allgemeine Befugnisse zu Kontroll- und Durchsuchungsmaßnahmen, noch gibt es interne Regeln, die klar regeln, wie solche Kontrollen durchzuführen sind. Während Artikel 3(3) des Grundgesetzes Diskriminierung ausdrücklich verbietet, erschwert das Fehlen einer verpflichtenden Dokumentation von Polizeikontrollen den Nachweis oder die Erkennung diskriminierender Praktiken.

Aufgrund dieser regulatorischen Lücken beobachtete eine ethnographische Studie, die zwischen 2019 und Anfang 2020 in fünf Bundesländern durchgeführt wurde, etwa 60 Stunden Streifendienst und führte Interviews sowie Gruppendiskussionen mit Beamten durch, um Suchstrategien und deren Prägung durch berufliche und persönliche Erfahrungen zu verstehen (Aden et al., 2022).

Die Ergebnisse zeigten, dass Entscheidungen im Anhalteprozess häufig von mikro-politischen Strategien

geprägt waren, die auf Stereotypen beruhen. Junge Männer, die bestimmte Kleidung trugen oder ältere/ schlecht gepflegte Fahrzeuge fuhren, wurden bei Verkehrskontrollen überproportional häufig angehalten, da sie als Drogenkonsumenten vermutet wurden. Ältere Personen wurden selten kontrolliert, es sei denn, sie wurden als Personen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Polizeibeamte nutzten während der Kontrollen eine breite Palette an Kommunikationsstrategien, von Small Talk bis zu konfrontativen Befragungen, was den Mangel an Standardverfahren und die Variation zwischen Beamten verdeutlicht. Schließlich wussten die meisten angehaltenen Personen nicht, ob die Kontrolle rechtmäßig war, und wurden in der Regel nicht über ihre Rechte informiert, sodass nur Personen mit ausreichendem rechtlichen Wissen und Ressourcen möglicherweise rechtswidrige Maßnahmen gerichtlich anfechten konnten (Aden et al., 2022).

Die Autoren fassen zusammen, dass es derzeit keine systematische Erfassung oder Bewertung von Kontroll- und Durchsuchungspraktiken hinsichtlich Anzahl, demografischer Merkmale oder Ergebnissen der Kontrolle gibt, mit Ausnahme der Bundespolizei. Beamte nehmen Kritik am Racial Profiling häufig als unbegründet wahr, und es gibt nur wenige institutionalisierte Möglichkeiten zur Reflexion oder Rückmeldung. Auch wenn in einigen Regionen kürzlich unabhängige Beschwerdestellen eingerichtet wurden, bleibt deren Ermittlungsbefugnis begrenzt (Aden et al., 2022).

Präventive Kontrollen operieren oft in rechtlichen Grauzonen. Vor diesem Hintergrund besteht die Sorge, dass einige Personen wiederholt aufgrund ihres Aussehens und mikro-politischer Strategien angehalten werden, während andere kaum polizeilicher Kontrolle unterliegen, was die Notwendigkeit klarer Regelungen unterstreicht (Aden et al., 2022).

4 Diskussion

Einstellungen sind nicht statisch; sie werden durch gelebte Erfahrungen, soziales Lernen und wiederholte Begegnungen mit Autorität geprägt. Diese Dynamiken sind zentral, um Vertrauen in die Polizei zu verstehen. Für Menschen mit Migrationshintergrund verstärken diskriminierende Begegnungen – sei es Gleichgültigkeit bei der Opferbetreuung, offensichtliches Racial Profiling oder übermäßiger Gewaltgebrauch – negative Erwartungen und fördern anhaltendes Misstrauen. Wichtig ist, dass diese Prozesse wechselseitig sind: Die Erfahrungen von Migrantinnen mit Ausgrenzung prägen ihre Wahrnehmungen, während Polizeibeamtinnen ebenfalls Einstellungen durch die Praxis entwickeln, einschließlich informeller „zweiter Codes", die vom formalen Recht abweichen. Das Ergebnis ist ein Kreislauf der Entfremdung.

Rassismus sollte in diesem Kontext nicht als isoliertes Fehlverhalten einzelner Beamtinnen verstanden werden, sondern als soziale Praxis, die in institutionelle Routinen und historische Überlieferungen eingebettet ist. Die Polizei, als Verkörperung des staatlichen Gewaltmonopols, ist ein zentraler Ort, an dem solche Ungleichheiten ausgeübt werden. Beamtinnen schwören, die demokratische Ordnung zu schützen und Grundrechte zu wahren, doch die hier dargestellten Studien zeigen eine erhebliche Lücke zwischen diesem Eid und der täglichen Praxis. Muster von Segregation und Ausgrenzung spiegeln breitere gesellschaftliche Spaltungen wider, verstärkt durch Deutschlands Geschichte des ius sanguinis-Staatsbürgerschaftsrechts und persistente Narrative von „Fremdsein". Informelle Codes, die Eingriffe über das rechtlich Zulässige hinaus normalisieren, verwischen die Grenze zwischen gesetzlicher Autorität und willkürlichem Handeln. Wenn diese Praktiken

infrage gestellt werden, folgt oft Eskalation, da die Polizei Widerstand als Provokation wahrnimmt. Konzepte wie „white fragility“ (DiAngelo, 2020) helfen zu erklären, warum kritische Reflexion innerhalb der Polizei begrenzt bleibt: Angst vor Stigmatisierung hemmt die Auseinandersetzung mit Kritik und erschwert damit institutionellen Wandel.

Empirische Belege unterstreichen die konkreten Konsequenzen dieser Dynamiken. Das KviAPol-Projekt zeigt, dass nach dem Einsatz von Polizeigewalt 42 % der Befragten mit Migrationshintergrund und 65 % der People of Color angaben, sich diskriminiert zu fühlen (Espín Grau & Klaus, 2022). Umfragedaten des Essen Center for Turkish Studies zeigen, dass ein Drittel der türkischstämmigen Bewohnerinnen in Nordrhein-Westfalen, die zwischen 2000 und 2005 Polizeikontakt hatten, diskriminierende Behandlung berichteten (Püschel, 2022). Ihre Analyse verdeutlicht, wie die Kategorisierung von Migrantinnen als „Ausländer“ systematische Verweigerung gleichen Schutzes erzeugt. Racial Profiling verschärft diese Dynamiken: Es untergräbt die Wahrnehmung von Legitimität, verursacht psychologische Schäden wie Trauma und Angst (Thompson, 2022) und schränkt die Bewegungsfreiheit ein. Zusammen genommen weisen die Befunde auf einen Kreislauf hin: Diskriminierende Praktiken untergraben Vertrauen, Misstrauen reduziert Kooperation, und fehlende Kooperation erhöht die Wahrscheinlichkeit von Verdacht und Überkontrolle.

Jugendliche mit Migrationshintergrund verdienen besondere Aufmerksamkeit. Ihre Begegnungen mit der Polizei sind sowohl häufiger als auch prägender und können langfristige Einstellungen formen. Forschungen zeigen konsistent, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund niedrigere Vertrauenswerte berichten als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund (Krieg, 2022). Sie sind unverhältnismäßig häufig negativen Begegnungen ausgesetzt, die durch Diskriminierung gekennzeichnet sind (Schweer, 2008; Oberwittler, 2014; LKA Niedersachsen, 2015).

Geschlechtsspezifische Muster sind besonders bemerkenswert: Während männliche Jugendliche häufiger direkte Diskriminierung berichten, zeigen weibliche Jugendliche niedrigeren Vertrauenswerte, selbst wenn solche Erfahrungen berücksichtigt werden, was darauf hindeutet, dass indirekte Formen von Diskriminierung – über Familie, Peers oder Gemeinschaft – ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen (Kogan, 2024). Qualitative Studien zeigen, dass Jugendliche keine passiven Opfer sind, sondern aktive Interpret*innen polizeilicher Praktiken (Fox, 2022; Saarikkomäki, 2023). Sie passen sich durch Strategien wie das Meiden bestimmter Orte, Einschränkung sozialer Kontakte oder Anpassung des Verhaltens im öffentlichen Raum an.

Während diese Strategien unmittelbare Risiken verringern, verstärken sie gleichzeitig Segregation und beschränken die Teilnahme am öffentlichen Leben. Alltägliche Polizeiarbeit prägt daher nicht nur individuelle Wahrnehmungen, sondern auch breitere Dynamiken von Zugehörigkeit und Ausgrenzung.

5 Fazit

Die Belege machen deutlich, dass diskriminierende Polizeipraktiken in Deutschland kein beiläufiges Problem darstellen, sondern eine strukturelle Herausforderung mit tiefgreifenden Implikationen für die demokratische Legitimität sind. Vertrauen in die Polizei beruht auf Wahrnehmungen von Fairness, Unparteilichkeit und Respekt für Rechte. Dennoch untergraben wiederkehrende Praktiken – wie unverhältnismäßige Drogenkontrollen bei

Nichtdeutschen (Acker, 2020), Identitätskontrollen basierend auf dem Erscheinungsbild (Belina, 2016; Becker, 2019) und die Normalisierung informeller „zweiter Codes“ – dieses Fundament. Viele dieser Praktiken sind keine vorsätzlichen böswilligen Handlungen, sondern unbewusste Routinen, die in der Polizeikultur verankert sind (Seidensticker, 2021; Hunold & Singelnstein, 2022). Sie bestehen fort aufgrund schwacher Regulierung, begrenzter Dokumentation und mangelnder Verantwortlichkeit, insbesondere bei Stop-and-Search-Verfahren (Aden, 2022). Diese Praktiken verstärken einen Kreislauf des Misstrauens: Diskriminierende Polizeipraktiken erzeugen negative Einstellungen, die wiederum zukünftige Interaktionen prägen und eine zunehmende Entfremdung zwischen Polizei und migrantischen Gemeinschaften schaffen. Besonders gefährdet sind Jugendliche, deren prägende Erfahrungen das Risiko bergen, sich zu generationenübergreifenden Mustern des Misstrauens zu verfestigen.

Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, sind kulturelle und strukturelle Veränderungen erforderlich. Reformvorschläge sind gut dokumentiert: unabhängige Aufsichtsbehörden, systematische Dokumentation von Polizeikontrollen, Stop-Belege, Bodycams und repräsentative Forschung (Thompson, 2022; Abdul-Rahman, 2022; El-Kechen, 2024). Ebenso wichtig sind interne Reformen, wie interkulturelles und Anti-Rassismus-Training, institutionelle Aufsicht und Diversitätsstrategien, die über die bloße Rekrutierung hinausgehen und Kultur sowie Verantwortlichkeit adressieren. Derzeit befinden sich die deutschen Polizeibehörden erst am Anfang, ein sinnvolles Diversity Management und interkulturelle Offenheit umzusetzen (El-Kechen, 2024). Ohne solche Reformen werden Bemühungen, Vertrauen zu stärken, symbolisch bleiben. Mit ihnen jedoch besteht reales Potenzial, die Beziehungen zwischen Polizei und Gemeinschaft auf den Prinzipien von Gleichheit, Verantwortlichkeit und demokratischer Legitimität wiederaufzubauen.

6 Über die Autor*innen

180 Degrees Consulting ist die weltweit größte universitätsbasierte Beratungsorganisation für Non-Profit- und sozial engagierte Organisationen. Das Team besteht aus sorgfältig ausgewählten, erstklassigen Universitätsstudierenden, die ihre Zeit ehrenamtlich einbringen, weil sie Vision und Werte mit 180 Degrees Consulting teilen. 180 Degrees Consulting arbeiten mit Non-Profit-Organisationen und Sozialunternehmen zusammen, um innovative, praxisnahe und nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen zu entwickeln, denen sie gegenüberstehen.

Das Team hinter diesem Positionspapier:

- Anna Fürst, M.Sc. M.Sc.
- Felix Sandern, B.Sc.
- Julieta Asali Granados, B.Sc.
- Lucia Arens

Hinweis: Das Original wurde in englischer Sprache verfasst und mithilfe von ChatGPT in deutsche Sprache übersetzt.

7 Literaturverzeichnis

- Abdul-Rahman, L. (2022). Vertrauens- und Legitimitätsbrüche: Was bedeutet Rassismus durch die Polizei für die Gesellschaft? In D. Hunold & T. Singelnstein (Eds.), Rassismus in der Polizei (pp. 471–488). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_22
- Abdul-Rahman, L., Espín Grau, H., Klaus, L., & Singelnstein, T. (2020). Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung: Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt "Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen" (KviAPol) (p. 1151 KB, 62 pages) [Application/pdf]. Ruhr- Universität Bochum. https://doi.org/10.13154/294-7738
- Acker, F.-H. (2020). Die deutsche Racial-Profiling-Debatte: Stigmatisierung der uniformierten Poli- zei? Polizei & Wissenschaft, (4), 39–50.
- Hartmut Aden, Alexander Bosch, Jan Fährmann, Roman Thurn; Police stops in Germany – between legal rules and informal practices. Journal of Organizational Ethnography 20 June 2022; 11 (2): 116–131. (El-Khechen et al., 2024)
- Amnesty International. (2018). Deutschland: Missbrauch von Polizeigewalt und Rassismus in Deutschland – Der Fall Oury Jalloh. https://www.amnesty.de/2018/5/2/deutschland-missbrauch-von-polizeigewalt-und-rassismus-in-deutschland-der-fall-oury-jalloh.
- Ariel, B., Farrar, W. A., & Sutherland, A. (2014). The effect of police body-worn cameras on use of force and citizens' complaints against the police: A randomized controlled trial. Journal of Quantitative Criminology, 31(3), 509–535. https://doi.org/10.1007/s10940-014-9236-3.
- Asmus, H.-J., & Enke, T. (2016). Der Umgang der Polizei mit migrantischen Opfern – Eine qualitative Untersuchung. Springer VS Wiesbaden.
- Balß, R., Baurmann, M. C., Lieser, U., Rein, D., & Voß, H.-G. W. (2001). Opfer und Zeugen bei der Polizei. Ein Modellprojekt zur Professionalisierung der polizeilichen Arbeit, durchgeführt beim Polizeipräsidium Südhessen. Konzept, Erfahrungsbericht und Ergebnisse der Begleitforschung. Polizei + Wissenschaft. Bundeskriminalamt.
- Becker, H. S. (2019). Außenseiter: Zur Soziologie abweichenden Verhaltens (3. Aufl.). Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften Ser. VS Verlag.
- Belina, B. (2016). Der Alltag der Anderen: Racial Profiling in Deutschland? In B. Dollinger (Hrsg.), Sicherer Alltag? (S. 123–146). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3- 658-07268-1_6.
- Böttger, A., Lobermeier, O., & Plachta, K. (2014). Opfer rechtsextremer Gewalt. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93394-8
- Böttger, A., Lobermeier, O., & Plachta, K. (Hrsg.). (2014). Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Opfer rechtsextremer Gewalt. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3- 531-93394-8.
- Bundeskriminalamt. (2024). Kriminalstatistik BKA: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik.).https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25028_pks-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- Carstensen H (2013) Mehr Gewalt oder weniger Respekt? Strafloses Gewaltverhalten gegenüber Polizeibeamten – Ursachen und Wirkungen am Beispiel Hamburgs. DHPol, Münster
- Correll, J., Park, B., Judd, C. M., & Wittenbrink, B. (2002). The police officer's dilemma: Using ethnicity to disambiguate potentially threatening individuals. Journal of Personality and Social Psychology, 83(6), 1314–1329. https://doi.org/10.1037/0022-3514.83.6.1314

● DESTATIS - Deutsche Bundesamt. (2022). Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2020 –. https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00064412/2010220207004_Endergebnisse.pdf

● DiAngelo, R. (2020). Wir müssen über Rassismus sprechen: Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein (U. Bischoff, Trans.; 1. Auflage). Hoffmann und Campe.

● Dreißigacker, A. (2018). Erfahrung und Folgen von Vorurteilskriminalität: Schwerpunktergebnisse der Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein 2017 (Nr. 145). Hannover. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2021KKFAktuell_OpferVorurteilskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

● El-Khechen, W., Walbrühl, U., & Steinhäuser, A. (2024). Polizei in einer multiethnischen Gesellschaft – Herausforderungen und Chancen. In M. S. Staller & S. Koerner (Eds.), Diversität und Polizei (pp. 51–82). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-42565-4_3

● Espín Grau, H., & Klaus, L. (2022). Rassistische Diskriminierung im Kontext polizeilicher Gewaltanwendung. In D. Hunold & T. Singelnstein (Eds.), Rassismus in der Polizei (pp. 359–383). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_17

● European Network Against Racism. (2020). ENAR 2019 Annual Report. https://www.enar-eu.org/ enar-2019-annual-report/.

● Fischer, P., Asal, K., & Krueger, J. I. (2013). Sozialpsychologie für Bachelor: Lesen, Hören, Lernen im Web. Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-642-30272-5

● Geschke, D., & Quent, M. (2016). Sekundäre Viktimisierung durch die Polizei? In Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund" (S. 481–505). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09997-8_21

● Gesemann, F. (2003). Ist egal ob man Ausländer ist oder so—Jeder Mensch braucht die Polizei. In A. Groenemeyer & J. Mansel (Eds.), Die Ethnisierung von Alltagskonflikten (pp. 203–228). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-99668-8_9

● Haddock, G. & Maio, G. R. (2011, June 28). Sozialpsychologie: Einstellungen. https://www.hahnzog.de/organisationsberatung/sozialpsychologie-einstellungen#top

● Heuer, H.-J. (2009). Fremde als Belastung und Gefährdung Zu einigen Bewertungsstrategien der 90er Jahre1. In K. Liebl (Ed.), Polizei und Fremde – Fremde in der Polizei (pp. 45–68). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91467-1_3

● Hunold, D., & Singelnstein, T. (2022). Einführung. In D. Hunold & T. Singelnstein (Eds.), Rassismus in der Polizei (pp. 1–12). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_1

● Kauff, M., Wölfer, R., & Hewstone, M. (2017). Impact of Discrimination on Health among Adolescent Immigrant Minorities in Europe: The Role of Perceived Discrimination by Police and Security Personnel. Journal of Social Issues, 73(4), 831–851. https://doi.org/10.1111/josi.12250

● Kogan, I., Weißmann, M., & Dollmann, J. (2024). Police discrimination and police distrust among ethnic minority adolescents in Germany. Frontiers in Sociology, 9, 1231774. https://doi.org/10.3389/fsoc.2024.1231774

● Krieg, Y., Lehmann, L., Dreißigacker, L., & Kliem, S. (2023). "In Police We Trust?"— Confidence in the Police Among Adolescents With and Without a Migration Background in Germany. European Journal on Criminal Policy and Research, 29(2), 227–246. https://doi.org/10.1007/s10610-022-09525-7

.

● Kube, E., & Rohde, C. (2003). Aus- und Fortbildung zum Umgang der Polizei mit Opfern von Hate Crime. Bonn.

● LKA Niedersachsen (2015) Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. LKA Niedersachsen, Hannover

● Louw, E., Trabold, L., & Mohrfeldt, J. (2016). Wenn alles anders bleibt. Psychosoziale Folgen rassistischer Polizeigewalt. In KOP (Publisher), Alltäglicher Ausnahmezustand: Institutioneller Rassismus in deutschen Strafverfolgungsbehörden (pp. 29–46). Münster: edition assemblage.

● Nieder, P. (1997). Der Begriff „Vertrauen". In P. Nieder, Erfolg durch Vertrauen (pp. 24–27). Gabler Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-82730-2_4

● Nohl, A.-M. (2003). Ethnisierungserfahrungen Jugendlicher – Zur vergleichenden sozialer Probleme in der Einwanderungsgesellschaft. In A. Groenemeyer & J. Mansel (eds), Die Ethnisierung von Alltagskonflikten (pp. 69–88). Wiesbaden: Springer Fachmedien

● Oberwittler D, Schwarzenbach A, Gerstner D (2014) Polizei und Jugendliche in multiethnischen Gesellschaften. Ergebnisse der Schulbefragung 2011 „Lebenslagen und Risiken von Jugendlichen" in Köln und Mannheim. Max-Planck-Institut, Freiburg im Breisgau

● Püschel, H. (2022). Polizeilicher Umgang mit Opfern aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte. In D. Hunold & T. Singelnstein (Eds.), Rassismus in der Polizei (pp. 405–423). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_19

● Quent, M., Geschke, D., & Peinelt, E. (2014). Die haben uns nicht ernst genommen: Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. ezra.

● Saarikkomäki, E., Solhjell, R., & Wästerfors, D. (2023). Dealing with police stops: How young people with ethnic minority backgrounds narrate their ways of managing over-policing in the Nordic countries. Policing and Society, 33(8), 937–952. https://doi.org/10.1080/10439463.2023.2216838

● Sauerbaum, A. (2009). Interaktion und Kommunikation zwischen Polizei und Migranten: Die Polizeiausbildung in Baden-Württemberg auf dem Prüfstand. In K. Liebl (Ed.), Polizei und Fremde – Fremde in der Polizei (pp. 77–90). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91467-1_5

● Schweer T, Strasser H, Zdun S (2008) (Hrsg.) „Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure". Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen. VS-Verlag, Wiesbaden

● Schweer, T., & Strasser, H. (2003). „Die Polizei - dein Freund und Helfer?!" – Duisburger Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen. In A. Groenemeyer & J. Mansel (eds), Die Ethnisierung von Alltagskonflikten (pp. 229– 260). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

● Snyder, H. (2019). Literature review as a research methodology: An overview and guidelines. Journal of Business Research, 104, 333–339. https://doi.org/10.1016/j.jbusres.2019.07.039

● Strobl, R. (with Universität Bremen). (1998). Soziale Folgen der Opfererfahrungen ethnischer Minderheiten: Effekte von Interpretationsmustern, Bewertungen, Reaktionsformen und Erfahrungen mit Polizei und Justiz, dargestellt am Beispiel türkischer Männer und Frauen in Deutschland (1. Auflage). Nomos Verlagsgesellschaft.

● Thompson, V. E. (2018). Racial Profiling im Visier. Rassismus bei der Polizei, Folgen und Interventionsmöglichkeiten. https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/expertise_racial_profiling_vielfalt_mediathek_1.pdf

● Thompson, V. E. (2022). Rassistisches Polizieren. Erfahrungen, Umgangsweisen und Interventionen. In D. Hunold & T. Singelnstein (Eds.), Rassismus in der Polizei (pp. 427–444). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_20

● Wegner, M., & Ellrich, K. (2022). Rassistische Einstellungen von Polizeibeamt:innen.In D. Hunold & T. Singelnstein (Eds.), Rassismus in der Polizei (pp. 107–126). SpringerFachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_6